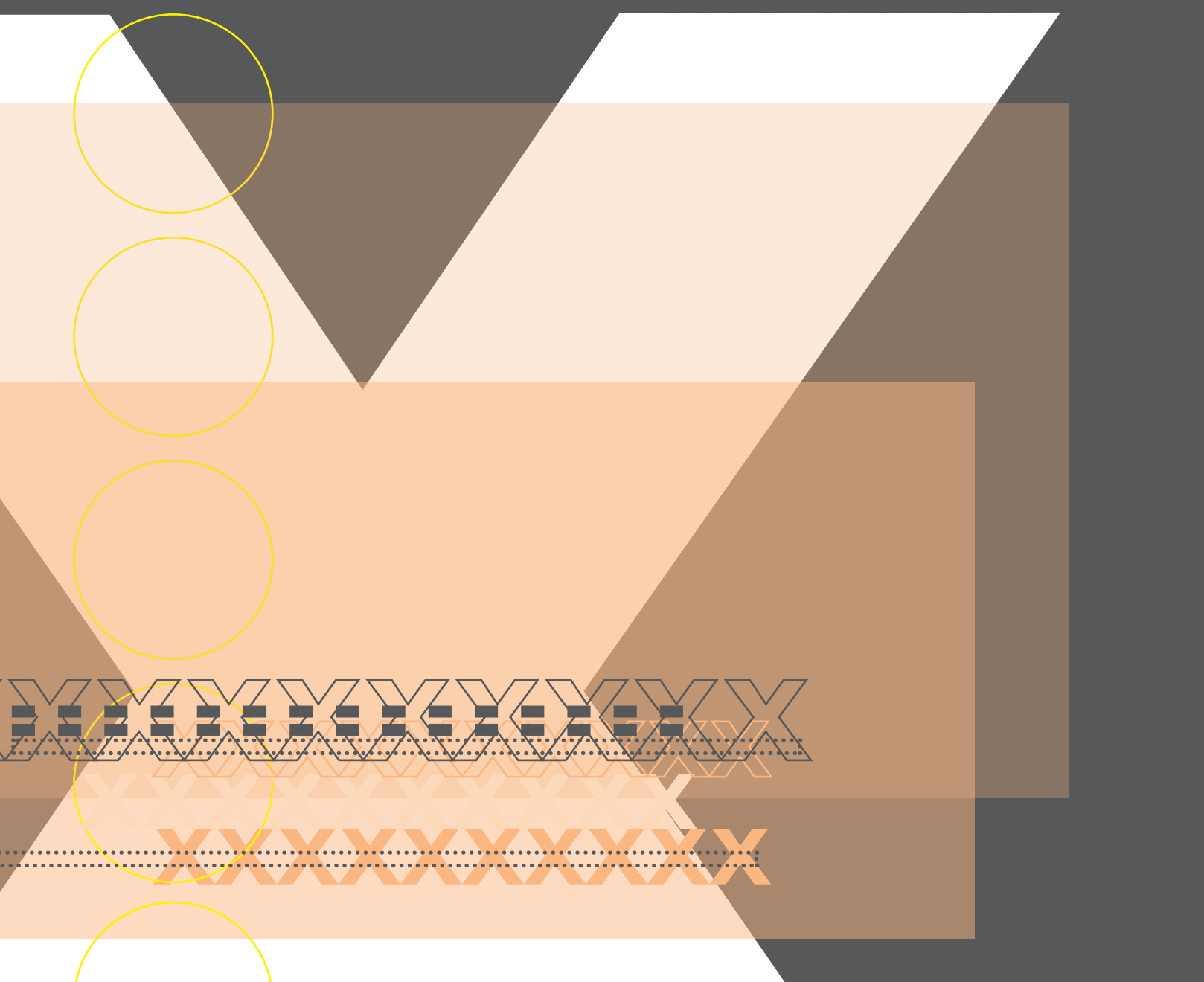


Wählen ist verkehrt!

... Nicht-Wählen aber auch.

Argumente gegen die Wahl



Impressum:
Alman Abdallah
Straße der DSF 4
18273 Güstrow
gegenrede@systemausfall.org

Einleitung

Für die meisten wahlberechtigten Deutschen sind die periodisch anstehenden Wahlen stolze bis leidige Bürgerpflicht. Zwar ist die Wahl, so bekommt man zu hören, das Aushängeschild der Demokratie, der Inbegriff der Freiheit, des Fortschritts gegenüber dunklen Kapiteln der deutschen Geschichte und überhaupt ein Segen der Zivilisation, der als Menschenrecht in alle Welt exportiert werden muss. Andererseits ertönt noch zu jeder Wahl die Beschwerde über „die da oben“, die am Ende eh nicht halten was sie versprechen. Das Lob des demokratischen Wahlakts sowie der Tadel seines Ergebnisses gehören hierzu eng zusammen.

Auch so mancher Linker geht mit einigen Bauschmerzen zur Wahl. Schließlich hat sie was mit dem Staat, mit Herrschaft und mit der Entscheidung für das Führungspersonal der Nation zu tun, mit denen man sich eigentlich nicht gemein machen möchte. Trotzdem suchen auch sie nach dem kleineren Übel unter den Parteien, vergeben das Recht der Wahlentscheidung an nicht wahlberechtigte Demokratiebegeisterte oder führen zumindest an, dass man den Rechten nicht das Parlament überlassen dürfe.

Mit der vorliegenden Broschüre möchten wir zum einen ein paar grundsätzliche Urteile über Wahlen vorstellen, sowie ihre Leistung für die demokratisch-kapitalistisch verfasste Ordnung besprechen (S. 4 – 11). Zum anderen haben wir uns einige typische Argumente zur Wahl vorgenommen und auf ihre logische Konsistenz und ihren politischen Inhalt überprüft (S. 12 – 15).

Schon so viel vorweg: wir können sagen, dass wir mit demokratischen Wahlen nix anfangen können, aber die Kritik an dieser heiligsten Kuh der Demokratie für sehr besprechenswert halten. Diese Broschüre soll dazu einen Anstoß geben.

Viel Spaß.

Ankündigungen für Veranstaltungen im Vorfeld der Bundestagswahl zu den oben genannten Themen werden auf der Seite www.gruppegegenrede.com veröffentlicht. Fragen, Kritik und Anmerkungen können an gegerede@systemausfall.org gesendet werden.

Der folgende Beitrag ist von **Prof. Dr. Freerk Huisken**, welcher sich seit 2006 im Ruhestand befindet. Er beschäftigt sich eingehend mit demokratischen Wahlen und ihrer Funktion für das Staatswesen. Freerk Huisken ist über seine Seite www.fhuisken.de zu erreichen und steht für Nachfragen, Anregungen und Kritik zur Verfügung.

Was man Heranwachsenden zum Thema 'Wahlen' sagen müsste, was ihnen aber viel zu selten gesagt wird.

Prof. Dr. Freerk Huisken

1. Ich erinnere mich an eine Passage in der Autobiographie von Nelson Mandela, in der er sich sehr verwundert über das demokratische Prozedere in Staaten äußert, deren Regierungsgewalt parlamentarisch zustande kommt, in denen also alle staatlichen Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip getroffen werden; wohlgermerkt von einer Mehrheit gewählter Parlamentarier. In seinem Dorf, so berichtete er, würden die Dorfältesten die Belange ihrer Gemeinschaft erörtern und erst dann zur Tat schreiten, wenn sich alle in der zu regelnden Sache einig geworden seien. In den Fällen, wo diese Einigung nicht zustande käme, würde eine Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt vertagt, an dem dann die Erörterung des Streitfalls neu aufgenommen würde. Wie kann es sein, fragte sich einst Mandela, dass sich große Teile der von einem politischen Beschluss betroffenen Menschen diesem zu unterwerfen hätten, obwohl er doch ihren Anliegen, Wünschen oder Interessen widersprechen würde. Diese Frage ließe sich ergänzen: Was fällt denn der Mehrheit ein, sich so rücksichtslos über Belange anderer Mitmenschen hinwegzusetzen? Sie kann doch, sollte man meinen, in einer auf Konsens angelegten Gesellschaft ihrer Mehrheitsentscheidung nie froh

werden, wenn sie ständig damit konfrontiert ist, dass die Überstimmten unzufrieden sind. Usw.

Die verhaltene Kritik Mandelas - der sich später als führender Politiker der RSA dem Mehrheitsprinzip jedoch anschloss - trifft etwas: In der Tat wäre es notwendig, in einer Gemeinschaft, die sich in ihren Lebenszwecken einig ist, Beschlüsse über deren Belange nur zu fassen, wenn zuvor alle Einwände gegen sie ausgeräumt sind; ein Votum immer nur abzugeben, wenn es mit guten Argumenten ausgerüstet ist und sich nicht nur auf den sprachlos erhobenen Finger reduziert. Auch wäre nichts dagegen einzuwenden, die Debatte und Entscheidungsfindung "Dorfältesten" zu überlassen, wenn sie das Vertrauen der Gemeinschaft genießen und ihnen zugetraut wird, mit ihrem Wissen und ihrer gesammelten Erfahrung Entscheidungen zu fällen, die den Bewohner der (Dorf-)Gemeinschaft zuträglich sind.

Jeder mit der Aufgabe, den Nachwuchs zu guten Demokraten zu erziehen, betreute Sozialkundelehrer und jede Sozialkundelehrerin müsste nun allerdings, konfrontiert mit dieser Argumentation, nach pflichtgemäßer Würdigung dieses Kämpfers

gegen die Apartheid einwenden, dass Mandela wohl in unzulässiger Weise die Verfahren, die in seinem Dorf zur Entscheidungsfindung geführt haben, auf so ein "komplexes Gebilde" wie ein Staatswesen übertragen habe. In dem könne, werden sie ihren Schülern erklären, dieses im Prinzip vernünftige Verfahren - so ihre geheuchelte Konzession [Zugeständnis] - gar nicht funktionieren. Und sie wüssten auch Gründe dafür anzugeben: Dieses Verfahren würde erstens viel zu viel Zeit in Anspruch nehmen, zweitens ginge es nicht an, Entscheidungen einfach zu vertagen, und drittens könne man gar nicht immer alle Interessen unter einen Hut bringen. Gute Gründe sind das nicht: Denn auch in Verhandlungen zwischen Parteien einer Regierungskoalition oder auch im Parlament wird gelegentlich sehr viel Zeit aufgewandt, um einen Beschluss unter Dach und Fach zu bringen, kommt es gelegentlich zu einstimmigen Beschlüssen und gehen Parteien mit unterschiedlichen Programmen aufeinander zu, um zu "tragfähigen" Entscheidungen beizutragen.

Das Prinzip von Mandelas "Dorfdemokratie" hat nun allerdings in der Tat nichts zu schaffen mit den Verfahren der parlamentarischen Demokratie in

bürgerlichen Staaten. Dies aber nicht deswegen, weil - wie Sozialkundeforscher behaupten - so etwas nicht funktionieren könne. Es verhält sich nämlich nicht so, dass ein in der Demokratie eigentlich von allen als vernünftig erkanntes Prinzip der Beschlussfassung wegen Durchführungsschwierigkeiten nicht zur Anwendung kommt. Es verhält sich anders. Eine Demokratie ist überhaupt kein Verfahren, in dem es unter Berücksichtigung der Interessen aller Betroffenen zu Entscheidungen kommen soll. Das ist allein schon dem herrschenden Mehrheitsprinzip zu entnehmen, das zwangsläufig die Interessen der Abstimmungsverlierer ignoriert.

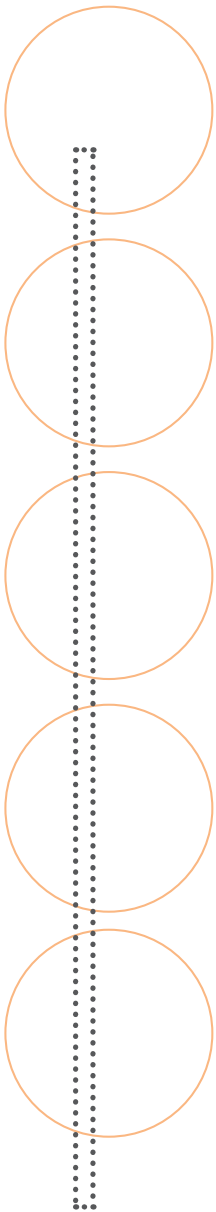
2. In der parlamentarischen Demokratie kommt dieses Mehrheitsprinzip sogar zweimal zur Anwendung: bei der Wahl der Parlamentarier durch das Wahlvolk und bei der Beschlussfassung der Legislative, der Versammlung gewählter Parlamentarier. Was heißt das im Einzelnen:

Die demokratische Wahl, in der, wie es im Grundgesetz Art.20 (2) zutreffend heißt, alle "Staatsgewalt vom

Volke ausgeht", ist eine Form der Herrschaftsbildung, an der das Staatsvolk beteiligt wird. Soweit stimmt das. Doch wie und zu welchem Zweck? Man muss die Grundgesetzformulierung dabei nur genau lesen, um zu ersten Antworten zu kommen. Festgelegt ist im Art. 20 (2) nicht, dass das Wahlvolk seine Interessenvertreter per Mehrheit akklamiert [wählt], die sich dann ans Werk zu machen haben, die Interessen der Wähler durchzusetzen. Vielmehr geht vom Volke eine "Staatsgewalt" aus. Die wird per Wahlakt konstituiert [begründet]. Das ist merkwürdig. Denn die Gewalt macht nur als Gewalt über jenem Volk Sinn, das sie per Wahl irgendwie eingerichtet hat. Ein anderes Objekt, dem Staatsgewalt zu Leibe rücken könnte, ist nun mal im Lande nicht zu finden. Das Wahlvolk kommt also in doppelter Weise und dies gleich widersprüchlich vor: Einerseits wählt es eine Führung, und andererseits ist diese Führung, die grundgesetzlich als Staatsgewalt gekennzeichnet ist, als Herrschaftsgewalt über dem ganzen Volk etabliert, das Volk ihr folglich zugleich unterworfen.

Offenbar ist dieses Wahlvolk hinsichtlich seiner Interessen nicht so homogen, wie es der Begriff 'Volk'

suggestieren [einen bestimmten (den Tatsachen nicht entsprechenden) Eindruck entstehen lassen] möchte. Der fasst nämlich alle Bürger eines Gemeinwesens ungeachtet ihrer realen gesellschaftlichen Stellung in ihm identisch als freie und gleiche Wahlbürger zusammen; also gleichgültig gegenüber der Frage, ob es sich bei den Bürgern um Fabrikanten oder Arbeiter, Professoren oder Studenten, Aktionäre oder Arbeitslose, Hauseigentümer oder Mieter usw. handelt; aus denen die moderne bürgerliche Gesellschaft nun einmal besteht. Und da liegt der Hund begraben: Die "Gewalt" geht in der Wahl nur vom Volke "aus" und existiert dann als vom Volk getrenntes System von drei arbeitsteilig aufeinander bezogenen Gewalten, dem das gesamte Volk sich mit der Stimmabgabe für die Amtszeit der Regierung zu unterwerfen und dessen in Gesetzesform existierenden Beschlüssen es sich zu akkommodieren [anzupassen] hat; auch wieder gleichgültig gegenüber der Frage, wie die jeweils erlassenen Gesetze die Bürger in ihrer Stellung als Fabrikant oder Arbeiter, Hauseigentümer oder Mieter usw. jeweils trifft.



Ein Gesetz z.B., dass es Vermietern erlaubt, Mieten an Vergleichsmieten anzupassen, also nur begrenzt höher anzusetzen, hat als Rechtsvorschrift von allen Mietern "befolgt" werden, egal ob sie zu den Gut- oder Schlechtverdienenden gehören. Wenn Strafgeld bei Tempoverstößen erhöht werden, haben alle Temposünder zu blechen, egal wie viel PS ihr PKW hat und egal wie hoch ihr Verdienst ist. Usw. Von einer Bedienung aller Bürgerinteressen kann also nicht die Rede sein. Wie auch, wo die sich erkennbar wechselseitig ausschließen. Die Repräsentanten der Staatsgewalt verfolgen dagegen nationale Interessen; und die können schon deshalb nicht mit denen aller Bürger identisch sein, weil das berühmte nationale Wohl davon abhängt, dass die Staatsgewalt das Wirken gesellschaftlicher Interessengegensätze per Gesetz so „harmonisiert“, dass sich das in Wachstumsraten berechnete Allgemeinwohl sehen lassen kann und sich im Ländervergleich nicht blamieren muss. Dass bei dieser „Harmonisierung“ der Gegensätze die - wie es regelmäßig in Armutsberichten der Bundesregierungen heißt - Reichen immer reicher und Armen immer ärmer werden, scheint Letztere nicht davon abzuhalten, sich mehrheitlich immer wieder dem Wahlverfahren zu unterwerfen.

Es kann denn auch nicht verwundern, dass dieses Verfahren so eingerichtet, dass in ihm gerade die Alltagsinteressen von Bürgern nicht zur Äußerung kommen dürfen - seien es die von solchen Menschen mit viel Eigentum oder von solchen ohne, seien es die von solchen mit Arbeit oder von solchen ohne. Das ist der Sinn eines Verfahrens, in dem jedermanns ganz frei und geheim notierte Wahlstimme gleich gilt: Eben nur als eine Stimme in Gestalt des Wahlkreuzes - (x) - auf einem Stimmzettel, der Parteien und Parteikandidaten auflistet, die sich dem Wahlvolk nicht als Anwälte von Bürgerinteressen präsentieren, sondern sich in erbitterten Schlachten vor den Bürgern im Wahlkampf als die geeignetsten Führer von Staatsgeschäften profilieren. Wer dieses Verfahren missversteht und auf dem

Stimmzettel hinter die Partei seiner Wahl noch jenes besondere Interesse notiert, das er von ihr bedient haben will - sei es bessere Gesundheitsfürsorge, kostenlosen Nahverkehr oder grenzenlose Freiheit zur Mieterhöhung -, der muss sich sagen lassen, dass er damit seinen Wahlschein ungültig gemacht hat. Deutlicher als durch dieses Verfahren selber lässt sich nicht klarstellen, dass Bürger mit Wahlen keine Interessen verfolgen können, sich vielmehr mit dem Wahlakt den Interessen der Gewählten unterwerfen. Und wer auch noch nach der Wahl hartnäckig an der Illusion festhält, irgendwie müsste der von ihm Gewählte sich für ihre, der Bürger Anliegen einsetzen, wird von diesem daran erinnert, dass er nach GG Art.38(1) nur seinem Gewissen, nicht aber Aufträgen und Weisungen der Wähler unterworfen ist.

Die ganze demokratische Freiheit verwirklicht sich also im Wahlakt als - im Wortsinne - nichtssagendes Stimmkreuz, an dem von "begründeter Überzeugung oder artikulierter Stellungnahme nichts zu entdecken ist. Genau so ist (die Freiheit), wie sie sein soll, nämlich der individuelle Beitrag zu einer kollektiven Willensäußerung, der jedes Moment von freier gemeinsamer Willensbildung, jeder Anflug von Verständigung innerhalb des Kollektivs der Wähler völlig abgeht. Das Gebot der Geheimhaltung ...unterstreicht zugleich, wie total fremd dem demokratischen Wahlakt jede Gemeinsamkeit des Überlegens, Beratschlagens, geschweige denn Beschließens ist." (P. Decker, Demokratie. Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft)

Die genau so politisch erwünschte Belanglosigkeit des Wahlkreuzes besteht also darin, dass jede Stimme nur als eine Stimme, als individuelles, quasi alphabetisches Atom im Meer abgegebener Zettel rein quantitativ, als unerheblicher Teilbeitrag der Gesamtzahl der Stimmen zählt. Welche Rolle eine Stimme dann beim Zusammenzählen hat, bestimmt ebenfalls nicht der Wähler mit seinem Kreuz. Und was nachher als Regierung herauskommt, das ist erst recht

nicht das Ergebnis seines Wahlkreuzes. Um diesen Akt als demokratische Freiheit zu feiern, den Gang zur Urne als moralische Staatsbürgerpflicht einzuordnen, dafür braucht es schon ein erhebliches Abstraktionsvermögen. Aus der Besinnung auf das, was der Wahlakt dem Bürger mit seinen privaten Interessen abverlangt, kann dieses Lob nicht resultieren. Da muss – und der Schluss ist hier schon fällig – schon die Neigung zum letzten Zweck des Wählens das Denken bestimmen: Mit der Abgabe der Wahlstimme leistet man einen Dienst an der Nation nebst ihrer Rason [Programm].

3. Das Resultat der Freiheitsorgie der Wahlbürger in der Demokratie ist dann das Parlament. Über das Gewicht der Parteien und ihrer Kandidaten entscheidet die Quantität der Stimmen, die sie in der Wahl auf sich gezogen haben. Das zusammenaddierte Zahlenverhältnis sortiert zwischen den Gewählten nach Mehrheit und Minderheit, wobei die Mehrheitspartei allein schon deswegen für die Übernahme jenes Teils der Staatsgewalt taugt, die Regierung heißt und Exekutive der Gewalt ist, weil sie die Mehrheit hat. Mehr braucht es dafür nicht. Dabei kann es vorkommen, dass Minderheiten sich zu Mehrheiten als Regierung fügen, und der Wähler vielleicht feststellen muss, dass „seine Partei“ mit einer anderen koalitiert, der er gerade nicht seine Stimme geben wollte. Er soll sich beruhigen. Denn letztlich hat er seine Stimme dafür „abgegeben“, damit Gewählte mit ihr so umgehen, dass daraus eine Mehrheit zwecks Führung der „Staatsgewalt“ gebastelt wird, die diesen Namen verdient.

Der Rest der Stimmen ist als Opposition verbucht und hat seinen kritisch-konstruktiven Beitrag in der Legislative zu leisten. Um Abstimmungen - frei und gleich - geht es auch im Parlament: Dabei bestimmt die Mehrheit der Parlamentarier darüber, welche Vorlage der Regierung, als Gesetz Gültigkeit für die Regierten, das Wahlvolk, hat. Es kommt inzwischen

kaum jemandem merkwürdig vor, gilt vielmehr als Teil des demokratischen Wertesystems, dass sich auch diejenigen Volksteile der Regierung fügen müssen, die Parteien gewählt haben, die die berühmten 5% nicht geschafft haben, oder die, die nicht gewählt haben. Selbst überzeugte Kritiker des demokratischen Parlamentarismus werden nicht davon ausgenommen, sich den drei Staatsgewalten zu unterwerfen. Und zur Debatte – wie in Nelson Mandelas Dorf – werden sie auch nicht eingeladen. Man könnte sogar sagen: Im Gegenteil!

4. Mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel geben Wähler die Entscheidung an die Gewählten ab; und nur so können sich dann die Parlamentarier frei von jedem inhaltlichen Wählerauftrag an ihre Regierungsarbeit machen. Als Legislative und Exekutive verhandeln sie dabei nach Maßgabe ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung immer nur über das eine: Was ist für „unser Land“ das Beste? Und: Wie ist das Volk - in allen seinen Unterabteilungen -, dafür am Besten einzusetzen? Da dieses „unser Land“ aber nun einmal eine Marktwirtschaft ist – manche sagen dazu zutreffender ‚Kapitalismus‘ -, heißt das Programm genauer formuliert: Wie ist das Volk für unsere Marktwirtschaft und für ihre Durchsetzung auf dem Weltmarkt - Standortpolitik heißt das heute - einzusetzen? Die Teilnahme an der freien, gleichen und geheimen demokratischen Wahl durch die Wahlbürger ist also nicht allein Zustimmung zum Regiertwerden; sie ist zugleich die Zustimmung zu einem in seinen Grundprinzipien feststehenden Regierungsprogramm des bürgerlichen Staatswesens. Jede Wahlbeteiligung ist der Sache nach - da mag der einzelne Wähler denken was er will - zugleich die Zustimmung zur Marktwirtschaft, zum Nationalstaatsprinzip, zur Existenz einer Staatsgewalt mit Gewaltmonopol, zum Interesse an imperialen Zugriffen auf andere Staaten usw. All das steht vor der Wahl fest, weil nichts davon zur Wahl gestellt wird. All das ist beim Gang zur Urne geradezu als zu-

stimmungspflichtig unterstellt. Dass das Regierungsgeschäft nicht an irgendein partikulares Wählerinteresse gebunden ist, und dass die von der gewählten Mehrheit gebildete Regierungsmannschaft wenigstens für eine Wahlperiode freie Hand hat, ist die gewünschte Leistung des demokratischen Verfahrens. Wo sich Parlamentarier nach ihrer Ermächtigung durch das Volk als Regierungsfraktion und Opposition frei von Volkswünschen ihrer großen nationalen Aufgabe widmen, da geht das Regieren leicht; und dies fällt den Gewählten in dem Maße leichter, wie das Volk immer wieder aufs Neue alle vier Jahre zur Wahlurne schreitet und mit der Stimmgabe zugleich die Zuständigkeit für die eigenen Interessen abgibt.

Es kann daher nicht verwundern, dass alle Parteivertreter, die sich im Wahlkampf noch wechselseitig die Befähigung zum Führen der Staatsgeschäfte abgesprochen haben, nach der ersten Hochrechnung gemeinschaftlich sehr interessiert die Wahlbeteiligung begutachten. Ist sie ihnen doch ein Indiz dafür, wie sehr das Volk trotz - oder vielleicht sogar wegen - seiner notorischen Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Politik bereit ist, erneut den Gewählten die Entscheidung zu übertragen, dass es weiter regiert werden will¹. Auf aktive Loyalität wird in der Demokratie großer Wert gelegt. Sinkende Wahlbeteiligung ist zwar kein allzu großer Beinbruch - zumal nicht in unseren Breiten, in denen Wahlenthaltung nicht identisch ist mit zutreffender Wahl-, Regierungs- oder gar Staatskritik. Aber als ein Ärgernis gilt die sinkende Wahlbeteiligung schon: Auf möglichst hohe Einvernehmlichkeit zwischen Volk und Führung wird von den Verwaltern der Staatsgeschäfte schon Wert gelegt. Denn eines wissen Regierende genau: Das Wohl der Nation fällt nicht mit dem Wohl der Bürger zusammen. Denen muss deswegen ein Weg gewesen werden, ihre Unzufriedenheit mit der Politik auf demokratisch eingerichteten Wegen los zu werden. Und zu denen gehören neben der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit eben ganz besonders die alle vier Jahre anfal-

lende Wahlfreiheit, mittels derer der Bürger dann seine Unzufriedenheit mit Regierungspolitik dadurch zum Ausdruck bringen kann, dass er ihr mit der Wahl der Konkurrenzpartei einen „Denkzettel“ verpasst. Und die sorgt sich dann auf ihre Weise wieder um das „nationale Wohl“, das so wenig mit dem des Wählers identisch ist.

5. Die Frage, warum sich eigentlich so viele Bürger regelmäßig an der Wahl beteiligen, ist damit fast schon vollständig beantwortet: Weil sie es dürfen! Und weil das Wählen eine von oben eingerichtete Freiheit ist, die es nicht in jedem Land gibt, soll man sie ganz besonders schätzen - egal, was sie dem Wähler abverlangt. Das hat man - nicht nur - in der Schule gelernt; und auch, dass derjenige, der an der Regierungspolitik rumnörgelt, gefälligst das nächste Mal eine andere Partei wählen soll! Kritikfreiheit gibt es nämlich: Und schon ist der Protestwähler geboren, der sich vielleicht sogar einbildet, mit seiner Stimmgabe etwas zu „bewirken“ - wo doch eventuell die Anderen dran kommen. Er sollte dabei allerdings daran denken, dass er nur zwischen Parteien wählen kann, die vom Bundeswahlausschuss zugelassen sind. Und zugelassen werden nur Parteien, die sich darauf verpflichten, dem Wohl der Nation zu dienen. Dazu gehören regelmäßig auch kleinere Protestparteien. Die bleiben nicht selten unter 5%, wodurch das freiheitliche Vergnügen am Protestwählen ziemlich beschränkt wird.

Und weil sie wählen dürfen, versagen sich auch gestandene Kritiker des „Wahlzirkus“ die Wahlteilnahme häufig nicht. Sie bemühen dazu in der Regel das Argument vom „kleineren Übel“, das sie innerhalb des Parteienspektrum deswegen immer finden, weil sich an die Stelle eines „kleinen Übels“, das zwischenzeitlich zum „großen Übel“ avanciert ist, regelmäßig wieder ein neues „kleines Übel“ zur Wahl stellt. So ging es einst der SPD, dann den GRÜNEN und demnächst wird es so auch der Partei Die

Linke gehen. „Kleinere Übel“ werden nicht gesucht, sie werden gefunden, weil dieser Tour der Beschluss vorausgeht, dass man selbst dann seine freie, gleiche und geheime Stimme nicht verschenken darf, wenn man eigentlich gar nichts vorfindet, was man mit gutem Gewissen meint wählen zu können.

¹ Dem ist übrigens auch zu entnehmen, dass Herrschaft vom Wählervotum abhängig ist. Welche Konsequenzen das haben kann, ist dort zu studieren, wo sich Staaten im Umbruch - siehe die „Arabellion“ - den Luxus demokratischer Herrschaftsbestellung erlauben und erleben müssen, dass ein noch nicht an die neue Staatsraison gewöhntes Volk Führer wählt, die gar nicht erwünscht sind. Umgekehrt ist daraus wiederum der Schluss zu ziehen, dass in den Hochburgen demokratischer Zivilisation das Staatsvolk so patriotisch hinter ihrem Gemeinwesen steht, dass auch eine äußerst geringe Wahlbeteiligung - wie in den USA - nichts durcheinander bringt.

6. Keine Kritik ohne konstruktive Reflexion. Auch das haben wir alle gelernt; und diese Moral soll auch hier zur Geltung kommen. Meine sechs konstruktiven Schlussempfehlungen lauten:

Erstens: Eine Mehrheit ist eine Mehrheit abgegebener Stimmen; mehr nicht. Mit Vernunft oder gar mit Wahrheit ist ein Mehrheitsvotum nicht zu verwechseln. Auch wenn ein Mehrheitsvotum gültig ist, muss man es sich deswegen noch lange nicht zu eigen machen.

Zweitens: Nur weil man wahlberechtigt ist, soll man die Wahl nicht zu seiner moralischen Pflicht erklären. Wenn die Wahlfreiheit, dieses funktionelle Verfahren zur Herrschaftsbestellung, von ihren Propagandisten zu einem hohen Wert verklärt wird, spricht das nämlich nicht für Wahlfreiheit sondern gegen Werte.

Drittens: Auf die Anmache, nur wer wählt darf meckern, soll man nicht hereinfliegen. Meckern dürfen zwischen den Wahlperioden Wähler und Nichtwähler. Beide dürfen ihre Unzufriedenheit als ihre - schon wieder - freie Meinung sagen. Und für jede freie Meinung gilt, dass sie - dem Ko-

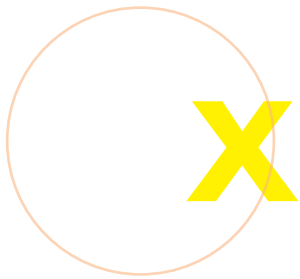
dex der herrschenden Diskursregeln zufolge - nur gilt, sofern sie jede andere freie Meinung auch akzeptiert; dass sich also jede freie Meinung an jeder anderen zu relativieren hat. Und deswegen muss sich jedermann auch einleuchten lassen, dass er nicht auf seiner kritischen Meinung beharren darf. Äußern darf er sie als Ansammlung seiner subjektiven Wünsche. Sich mit dem Verweis auf den Wahrheitsgehalt seiner Kritik für sie praktisch einzusetzen, also das eigene Anliegen ernst zu nehmen und auf seine Verwirklichung zu dringen, verstößt jedoch gegen die demokratische Ethik der Meinungsfreiheit. So etwas gilt als Dogmatismus und gehört sich nicht.

Viertens: Und schließlich soll man auch jene nationalmoralische Erpressung nicht glauben, derzufolge jede nicht abgegebene Stimme „den Rechten nützt“. Denn zum einen sitzen ja ohnehin genug „Rechte“ für die etablierten Volksparteien im Parlament, die dann zum anderen immer mal wieder mit Verbotsanträgen gegen die „Rechtsextremen“ dafür sorgen, dass die politische Sitte, mit der der Reichsvorgänger nach 1933 mit unerwünschter Parteienkonkurrenz aufgeräumt hat, auch in der Demokratie nicht ausstirbt.

Fünftens: Überhaupt besteht die Alternative zum Wählen nicht im Nichtwählen. Die besteht in der Kritik jenes freien und gleichen Unterwerfungsaktes, mit dem das demokratische Wahlverfahren die Wahlbürger beglückt.

Sechstens: „Volks-Herrschaft“, dieser Widerspruch einer Herrschaft, die sich vom Volk wählen lässt, um sie über das Volk auszuüben, ist die „perfekte Form bürgerlicher Herrschaft“. Wer die nicht will, soll sich auch nicht auf die Suche nach einer „wahren Demokratie“ machen.





Demokratie

Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft

Peter Decker (Hrsg.)

Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte.

Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu ‚bewirken‘ oder zu ‚verändern‘.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzige Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom ‚Druck der Straße‘ – viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es aufgeklärten Zeitgenossen ‚letztlich doch egal‘ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.

Peter Decker (Hrsg.)

Demokratie

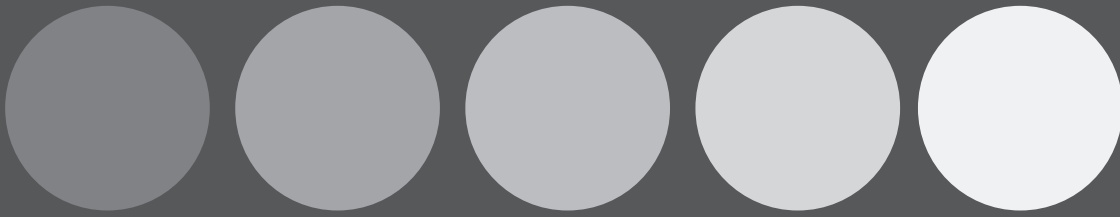
Die perfekte Form
bürgerlicher
Herrschaft

GEGENSTANDPUNKT



Hier geht's zu einer
Besprechung des Buches:





Argumente für das Wählen? Eine kleine Gegenrede

Obwohl fast jeder ein abgeklärtes Verhältnis zum Wählen hat - „Die versprechen mehr, als sie halten!"; „Die da oben machen doch was sie wollen!“ - sind die geläufigen Argumente für das Wählen ziemlich zahlreich.

Aber was ist an denen eigentlich dran? Wir haben sie uns einmal genauer angeschaut und wollen zeigen, warum uns diese guten Gründe für das Wählen nicht einleuchten.

Wählt das kleinere Übel!

In jeder Diskussion über das Wählen ist dieses Argument der Totschläger der Wahlbefürworter. Jedoch ist diese Aussage auch verräterisch. Denn wer so argumentiert, weiß, dass eigentlich nicht viel Gutes aus der Wahl heraus zu holen ist. Er muss die Demokratie damit rechtfertigen, dass es noch viel schlimmere Formen der Herrschaft gibt als die durch eine demokratische Wahl legitimierte. Dieses Prinzip des „kleineren Übels“ wendet er dann auch auf seine Wahlentscheidung an.

All die angebotenen Alternativen empfindet der so Angesprochene zwar eigentlich als nicht wählbar, trotzdem soll er so verantwortlich sein, jemanden zu wählen, von dem man sich etwas weniger Schlimmes verspricht. Die Zumutung besteht darin, dass der Skeptiker sich zwar weiterhin seine kritische Distanz zum Wählen bewahren darf, sich aber trotzdem, wenn auch widerwillig, an der Herrschaftsbestellung beteiligen soll, deren Ausgang er zudem sowieso nicht in der Hand hat. Angebote für das kleinere Übel finden sich dann in neuen Anwärtern auf Herrschaftsposten, die ihr „unverbraucht sein“ zum Argument machen.

In dieser Art des Denkens bezieht sich der Wähler nicht positiv auf das Wählen und zu Wählende, sondern betrachtet sie nur noch als negativ ihrer Selbst: weil sie *nicht etwas Schlimmeres* sind, wird sich dafür entschieden. Etwas, das schlimmer ist als etwas anderes, lässt sich allerdings immer finden und ist schwerlich ein gutes Argument für die Sache.

Wer nicht wählt, wählt rechts!

Unabhängig von allen Zahlenspielen und Rechnereien, die diesem Argument für gewöhnlich folgen, geht es hier nicht um eine objektive, statistische Begebenheit, sondern es wird ein Auftrag an die Wählergemeinschaft erteilt, indem an eine Art Verantwortung des Wählers bzw. Nichtwählers appelliert wird. Der Wähler soll sich darüber erschrecken, dass seine Unterlassung eine schlimme Wirkung haben könnte und er deshalb überhaupt wählen gehen soll, auch Parteien, von denen er überhaupt nichts hält. Er hat einen Auftrag zu erfüllen, nämlich den die eigene Republik vor Rechts zu schützen. Der Wähler soll sich durch die Wahl einer nicht-rechten Partei, die antritt, um die Geschicke der Nation zu übernehmen, gegen eine durch rechte Parteien vertretenen *radikalen* Nationalismus engagieren. Dabei ist das Scheiden in In- und Ausländer, das Verfolgen von politischen Gegnern und das Hegen und Pflegen einer nationalen Identität notwendiger Inhalt *jeder* nationalen Politik.

Wer eine Kritik des Nationalismus leisten will, muss die Argumente der radikalen Rechten und ihrer gemäßigten bürgerlichen Geschwister widerlegen.

Wer nicht wählt, soll auch nicht meckern!

Mit dieser Aussage, die noch im Vorfeld jeder Wahl aufgetaucht ist, wird ein Zusammenhang zwischen zwei sehr verschiedenen Dingen behauptet. Wählen ist die anerkannte politische Willensäußerung in der Demokratie, meckern ist eine Unmutsäußerung.

Dieses *moralische* Argument ist eine logische Zumutung und Unverschämtheit: nur wer zustimmt, darf auch was dagegen haben! Das klingt ein bisschen so, als wäre Meckern, im Gegensatz zum Wählen, bei uns nicht wirklich erlaubt, wenn man Nichtwähler ist.

Dabei darf doch munter gemeckert werden, nicht nur am Stammtisch. Man wird hier zu Lande zum Meckern geradezu aufgefordert. Die Bürger sollen ihre Unzufriedenheit kundtun und als Auftrag an die Politik formulieren. Damit ist es eine affirmative Angelegenheit und eine Aufforderung für gute Herrschaft.

Wahlen sind das Kernstück der demokratischen Mitbestimmung!

Der Satz ist nicht falsch, aber ziemlich witzlos: Das Tolle an der Demokratie sei, dass sie demokratisch ist. Davon beeindruckt lässt sich nur, wer Demokratie bereits gut findet. Aber schauen wir uns einmal an, wie die Mitbestimmung der Bürger bei Wahlen eigentlich aussieht. Das Mittel der demokratischen Wahl ist das Wahlkreuz. Alles, was über ein einfaches Kreuz hinausgeht - zu viele Kreuze, ein Punkt oder gar eine konkrete Forderung - machen den Wahlzettel ungültig. Konkrete Handlungsanweisungen für die Regierung werden bei der Wahl nicht abgefragt und ein imperatives Mandat ist in der Demokratie ganz explizit nicht vorgesehen. Das Wahlkreuz bestimmt in der Summe mit anderen Wahlkreuzen ein prozentuales Verhältnis, welches die Gewichtung der Parteien im Parlament festlegt. Über den konkreten Inhalt der Politik oder den Zusammenschluss verschiedener Parteien entscheidet auch dieser Prozentsatz nicht.

Wenn Wahlen das Kernstück demokratischer Mitbestimmung sind, dann besteht der Höhepunkt der demokratischen Beteiligung im Verzicht auf weiteren Einfluss auf die Politik und gipfelt in der Ermächtigung der Herrschaft mittels eines Kreuzchens.

Warum es überhaupt eine staatliche Gewalt braucht, um den hiesigen Läden am Laufen zu halten, wäre lohnender Gegenstand einer eigenen Betrachtung.

Besser als gar nichts zu machen!

Warum das Ergebnis nach einer Wahl dann besser sein soll als das Vorherige, ist mit dieser Aussage gar nicht erklärt. Allerdings lässt diese Aussage auf eine gewisse Hilflosigkeit schließen. Die bestehende Situation wird offensichtlich als verbesserungswürdig erachtet. Und es stimmt ja auch, gar nichts machen ist für *nichts* eine Lösung. Also muss man sich anschauen was einen stört, und woher das kommt, um dann eine dazu passende Veränderung anstoßen. Daraus folgt jedenfalls nicht, dass man irgendeine Regierung wählen soll, um das, was einem eine andere Regierung eingebracht hat, zu korrigieren.

Weil sonst andere entscheiden.

Der Aufruf zur Wahl wird oft damit begründet, dass man sich seine Möglichkeit zu Mitbestimmung nicht entgehen lassen sollte. Und wer will sich schon diktieren lassen, wie man sein Leben zu führen hätte? Wenn die Wahl ein Mittel ist, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen, dann ist sie doch das Mittel für die Emanzipation der Bürger. Daher ist das Nicht-Wählen immer dem Verdacht unterworfen, dass man anderen die Entscheidungen über sein Leben überlassen möchte. Es stimmt ja auch, beim Nicht-Wählen verfällt die eigene Wahlstimme und hat so-

mit keinen Einfluss auf das Ergebnis. Doch was ist das überhaupt, was man da mitbestimmen kann? Das Ergebnis der Wahl entscheidet darüber, welche Personen im Parlament sitzen. Die Menschen in der Regierung sind dann diejenigen, die frei von fremdem Auftrag und nur dem eigenen Gewissen verpflichtet sind und gemäß den festgeschriebenen Kompetenzen ihres Amtes die Entscheidungen der Staatsgeschäfte treffen. Das einzige, was der Wähler im Unterschied zum Nichtwähler entscheidet ist, *wem* er die Entscheidungen überlassen will und er hat es noch nicht einmal in der Hand, ob der, der seine Stimme bekommt, auch der Entscheider wird. Ob man also wählt oder nicht: Andere entscheiden so oder so für einen. Das Argument, das an die Bürger getragen wird, lautet: „Geh zu Wahl, sonst bestimmen andere, wer über dich bestimmt“.

Wählen schützt uns vor Extremismus.

Man merkt das ja, der Gang zur Wahlurne unterstützt den Kampf gegen Extremismus, indem er die demokratische Herrschaft legitimiert. Auf der einen Seite stimmt das natürlich: In einer Wahl, in der nur Parteien zugelassen werden, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, sind diejenigen Positionen, die es nicht tun, ausgeschlossen und damit ist eine demokratische Herrschaft gesichert.

Aber dass ein Extremist sich davon überzeugen lässt plötzlich Demokrat zu werden, nur weil irgendjemand am demokratischen Procedere teilnimmt, kann keine Folge des Wahlgangs sein. Wer ein Problem mit demokratischen Prinzipien hat, lässt sich nicht *durch* diese überzeugen.

Des Weiteren lebt dieses Argument von dem Vorurteil, dass die Demokratie gut und dementsprechend alles andere böse sei. Von diesem Standpunkt aus werden einfach alle Positionen daran gemessen, ob sie mit der Staatsräson der Demokratie vereinbar sind. Alle anderen politischen Zielstellungen sind dann Extremismus und damit aus Prinzip abzulehnen. Es wird also in der Einschätzung der politischen Ideen der verschiedenen Extremismusspielarten davon abstrahiert, was deren konkrete Inhalte sind, und für Gleiches erklärt aufgrund von Eigenschaften, die sie nicht haben. Der Auftrag, der in diesem Appell gegen den Extremismus zu wählen steckt, lautet: „Sieh von den Inhalten ab und bekenne dich zur Demokratie“.

Weil es mein Recht und Privileg ist!

Das ist erst einmal korrekt: Wählen ist ein Recht und soll zugleich als Privileg verstanden werden. Aber nur, weil man etwas darf ist ja noch gar nichts darüber gesagt, warum man es auch tun sollte. Vernünftig wäre es, diese Feststellung als Auftakt dafür zu nehmen, sich zu erklären, was es mit dem Recht aufs Wählen eigentlich auf sich hat: Man soll das Wahlrecht als Zugeständnis der Macht an seine Untertanen verstehen, wo es der Sache nach darum geht, *sich* die Zustimmung der Leute für ihre Machtausübung zu sichern. Die Unzufriedenheit der Leute bekommt ein Angebot etwas zu verändern. Ergebnis ist dann ein neues Herrschaftspersonal, an deren Auswahl sich irgendwie alle beteiligt haben. Aber bei der einfachen Feststellung, dass es ein Recht auf das Wählen gibt, bleibt es bei diesem Argument dann auch nicht. Es wird darauf verwiesen, dass es sich eben

um etwas Besonderes, ein Privileg handelt, weil z.B. andere Menschen in anderen Ländern es nicht dürfen. Das ist ein ziemlich plumptes Eigenlob der hiesigen Demokratie: man darf hier das Personal wählen, dem man dann gehorchen muss. Das dürfen andere nicht und deshalb soll man es auch machen und gut finden. Die Gewalt beruht hier auf Zustimmung, weshalb sie sich deshalb schon nicht als Gewalt verstanden wissen will.

Weil sich die Bedingungen für linke Politik verbessern könnten!

Natürlich lassen sich Antikapitalismus und Klassenkampf nicht wählen; das hat keine Partei im Angebot. Aber wenn man schon das, was einem wichtig ist, nicht wählen kann, dann könnte man ja vielleicht die Bedingung der Möglichkeit dazu wählen. Zum Beispiel könnte man die Linkspartei wählen. Die würde, wenn es genug Leute machen, eine größere Fraktion in den Bundestag entsenden, vielleicht sogar eine Regierung mit bilden. Dann sei z.B. ein höherer Mindestlohn durchsetzbar und das wäre dann wirklich etwas Gutes: zum einen haben die Leute was davon, zum anderen schafft es gute Bedingungen für die Möglichkeit der Befassung mit Kapitalismuskritik. Wir halten das für falsch. Weder braucht ein Beschäftigter im Niedriglohnsektor eine Erhöhung seiner Bezahlung auf ein irgendwie definiertes

Mindestniveau, um sich seine miese Lage zu erklären und den Willen zum Kampf dagegen zu fassen; noch – die Mehrheit der Arbeitnehmer, die Lohn oberhalb des Minimalniveaus beziehen, sind der Beweis – folgt aus besserer Bezahlung Kapitalismuskritik. Und wer mehr Lohn braucht, weil er so kaum über die Runden kommt, der soll dafür kämpfen und nicht wählen gehen. Wir sprechen uns dafür aus, dass sich dieser Kampf in einen Kampf gegen das Lohnsystem wandelt. Um sich seine Lage richtig zu erklären und eine Kritik daran üben zu können, braucht es ein hinreichend funktionierendes Gehirn und den Willen, sich die herrschenden Zustände, in denen hier jeder zurecht zu kommen versucht und die sich notwendig gegen die Bedürfnisse der Menschen richten, objektiv begreifen zu wollen. Bei der Wahl einer Partei landet man dabei sicher nicht, denn die haben ein Programm der Herrschaft in petto, mit dem sie um die Führung der Geschäfte dieser kapitalistischen Gesellschaft werben.



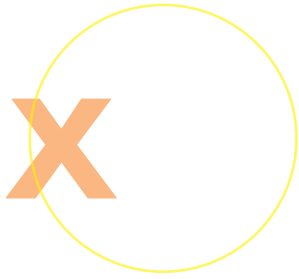


Das hier vorgestellte Buch von **Hermann Lueer** eignet sich hervorragend als niedrigschwelliges Einstiegsbuch in die Kapitalismuskritik. In Kapitel drei „Demokratie“ des Buches finden sich einige spannende Urteile über diese Staatsform, sowie einen auf der Kritik der Demokratie basierenden Entwurf einer alternative Gesellschaftsordnung. Bitte lasst euch nicht von dem reißerischen Cover des Buches abschrecken. Das Buch kann für einen solidarischen Beitrag von 5 Euro bei uns erworben werden.

Klappen- text des Buches:

Fehler in der Erklärung der Ursache einer störenden Wirkung setzen sich gewöhnlich in einem falschen Lösungsvorschlag fort. Wer sich Armut als Folge von Marktversagen erklärt, sucht nach Alternativen der Marktregulierung. Wer sich Armut als notwendige Folge des marktwirtschaftlichen Produktionsverhältnisses erklärt, will den Markt abschaffen. Jede Alternative zur kapitalistischen Wirklichkeit ist daher nur so gut wie die ihr zugrundeliegende Erklärung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, zu denen sie eine Alternative

sein soll. Im vorliegenden Buch geht es entsprechend nicht darum, sich unabhängig von den Gründen für die weltweite Verarmung und Verelendung weiter Teile der Bevölkerung eine bessere Welt auszumalen, sondern darum, aus der Erklärung des Kapitalismus die Grundprinzipien einer Ökonomie jenseits vom Kapitalismus abzuleiten. Kritik und Alternative werden so zusammengebracht. Die Frage der Machbarkeit erledigt sich dabei von selbst.



Für's Wählen hat der Bürger viele Gründe – mindestens so viele, wie es Parteien gibt.

*Dieser Vortrag vom **Forum Kritik Regensburg** bietet drei streitbare Thesen zum Thema demokratische Wahlen, warum diese Gründe nichts taugen und wählen verkehrt ist:*

- 1. Das Wichtigste an der Wahl ist das, was nicht zur Wahl steht, aber mit ihr akzeptiert wird: eine ganze Wirtschaftsweise und politische Geschäftsordnung.**
- 2. Der Wahlakt ist nicht der Höhepunkt der Einflussnahme der Bürger auf die Politik, sondern der komplette Verzicht darauf.**
- 3. Der wesentliche Inhalt der Wahlentscheidung ist die Ermächtigung des Herrschaftspersonals.**

Weitere Vorträge gibt es auf www.argudiss.de



Falls ihr einen Vortrag mit uns organisieren wollt, sind wir nicht nur für das Thema der Broschüre ansprechbar, sondern auch noch für einige mehr.

Eine Liste der Themen findet ihr auf unserer Seite: gruppegegenrede.com

Unter anderem könnt ihr uns zu diesen Themen anfragen:

Lets talk about Fridays for future

Seit vielen Monaten gehen Schüler und Schülerinnen, begleitet von weiteren Sympathisant/innen, jeden Freitag auf die Straße und setzen sich für ein wichtiges Thema ein: den Klimaschutz. Dabei erfahren sie viel Aufmerksamkeit und Anerkennung seitens der Medien und der Politik.

Man möchte sagen „zu recht“, da die Zerstörung der Umwelt zunehmend ihre katastrophalen Folgen zeigt. Und gleichzeitig ist es schon irgendwie komisch. Wenn Politiker/innen selbst immer wieder neue Abkommen zum Klimaschutz unterzeichnen, warum müssen sie dann ständig daran erinnert werden? Und wie kommt es eigentlich, dass die wissenschaftlich begründeten Maßnahmen zum Klimaschutz zum Verhandlungsgegenstand erklärt werden? Das Ideal einer großen Gemeinschaft, die zusammen für eine bessere Zukunft kämpft, geht scheinbar nicht auf.

Wir möchten mit euch ins Gespräch kommen und überlegen, warum die Fridays for Future-Bewegung so viel Aufmerksamkeit bekommt, aber ihre Forderungen keine Umsetzung erfahren. Hierfür werden wir uns das Programm der Bewegung genauer anschauen und anhand dessen überprüfen, wo die Irrtümer liegen und womit das zusammenhängen könnte.

Das Bedingungslose Grundeinkommen - Idee und Modelle auf dem Prüfstand

Befürworter des Bedingungslosen Grundeinkommens (BG) gibt es bei Unternehmen, Gewerkschaften, AfD und Linken. Jeder zweite befragte Deutsche findet die Idee Klasse. Aber was ist das BG eigentlich? In der Veranstaltung wird neben der grundsätzlichen Idee, verschiedene populäre Modelle des BG vorgestellt und unterschieden. Auch eine grundsätzliche Kritik am Grundeinkommens-Ansatz wird dargestellt werden. Im Anschluss an den etwa einstündigen Vortrag gibt es die Möglichkeit über das BG zu diskutieren.

Fehler rechten Denkens

Wenn rechte Parolen und Einstellungen Thema sind, wird allzu oft darauf verwiesen, dass es dabei eigentlich um was ganz anderes geht. Psychologen wissen es geht um Triebe, Verdrängung und Charakterstrukturen. Pädagogen wissen, es geht um Gruppengefühl und Rebellion. Einig sind sich die Leute darin, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Wir sehen das nicht so. Rechte Einstellungen sind das Ergebnis einer fehlerhaften Analyse der Welt. Diese mündet in einem für die Rechte typischen Weltbild und Parolen. Das Schaffen einer Volksmoral zum Ausschluss rechter Akteure scheint keine geeignete Strategie Diesen beizukommen. Warum sollte sich auch jemand, der diese Moral nicht teilt, von Dieser überzeugen lassen? Was gegen rechte Argumente hilft, ist deren Widerlegung. Wie dies zu bewerkstelligen ist wollen wir mit euch gemeinsam erarbeiten, und dafür rechte Parolen und Argumentationen besprechen und deren Fehler aufzeigen.

